

URSACHEN UND FOLGEN DER INFLATION|

Importierte Inflation – Bekämpfung durch sozial-ökologische Transformation

Seit Ende 2021 steigt die Teuerung in Deutschland und Europa und hat in der Jahresmitte einen Wert von 7,6 Prozent erreicht. Ursachen sind die durch die Corona-Pandemie unterbrochenen Lieferketten und die im Zuge des russischen Krieges gegen die Ukraine steigenden Energiepreise. Die üblichen Erklärungen für Inflation gehen an den Realitäten vorbei, und die gängigen Rezepte zu ihrer Bekämpfung verfehlen das Ziel einer Senkung der Teuerungsrate. Neue, angemessene politische Interventionen müssen schnell und effektiv umgesetzt werden, um zu einer moderaten Entwicklung der Preise zurückzufinden und parallel die ärmeren Haushalte zügig zu entlasten.

• Von Patricia Bauer, Karsten Ries und Carina Webel

Unter Inflation versteht man den dauerhaften gesamtwirtschaftlichen Anstieg des Preisniveaus. Dieser wird anhand eines gewichteten Warenkorb von Gütern des Verbrauchs ermittelt (siehe Grafik auf Seite 2). Wenn also lediglich kurzfristig einzelne Güter teurer werden, ist das noch keine Inflation.

Während gängige Inflationserklärungen in einer gestiegenen Geldmenge – durch eine expansive Politik der Notenbank, extensive staatliche Ausgaben oder extreme Lohnsteigerungen – die Ursache für ein Ansteigen des Preisniveaus sehen, sind in der jetzigen Situation externe Schocks für die inflationären Entwicklungen verantwortlich. Unterbrochene Lieferketten und Ukraine-Krieg verknappen eine Reihe von Importgütern.

Insbesondere die hohen Energiepreise schlagen auf die gesamte volkswirtschaftliche Produktion durch.¹ So waren im Juni 2022 auch Lebensmittel mit einem Plus von 11,5 Prozent deutlich teurer als im Vorjahr.

Importierte angebotsverursachte Inflation

Diese importierte angebotsverursachte Inflation kann mit einer Gewinn-Preis-Spirale auf der Angebotsseite erklärt werden. Aufgrund der Oligopolstrukturen auf dem Ölmarkt konnten Ölkonzerne im Mai und Juni 2022 die Preise derart in die Höhe treiben, dass eine Übergewinnsteuer öffentlich diskutiert wurde. Aber nicht nur der Ölkonzern BP, sondern auch der Energieversorger RWE konnten Rekordgewinne einfahren,

AK-Kernforderungen

1. Die Marktstrukturen auf den Energiemärkten bedürfen einer strengen kartellrechtlichen Kontrolle. Andere Preissetzungsmechanismen für Kraftstoffe (ähnlich wie in Luxemburg) und eine Übergewinnsteuer müssen in Erwägung gezogen werden, um profitgetriebene Inflation zu vermeiden.
2. Kurzfristig müssen einkommenschwache Bevölkerungsteile für den Verlust an Kaufkraft durch zielgenaue Hilfspakete unterstützt werden: Dazu gehören Direktzahlungen wie Klimageld für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, die bedarfsgerechte Ermittlung der Regelsätze bei Hartz IV und Grundsicherung, die Übernahme der Stromkosten bei Hartz IV und in der Altersgrundsicherung sowie die Umstellung der Grundlage der Wohngeldberechnung von der Kalt- auf die Warmmiete.
3. Auf Landesebene bleibt es erforderlich, das im Beirat für Armutsbekämpfung entwickelte Konzept Energiesicherungsstelle zügig und konsequent umzusetzen und die Energieversorger dabei in die Pflicht zu nehmen. Darüber hinaus müssen klimaschonende (und damit den hohen Energiepreisen ausweichende) Handlungsoptionen (zum Beispiel durch bessere und günstige Angebote im ÖPNV, Bereitstellung und energetische Sanierung von sozialem Wohnraum) geschaffen werden.
4. Eine zukunftssichernde Angebotspolitik durch mittelfristige Investitionen in die Energiewende der öffentlichen Hand und die Förderung von Energieeffizienz und Nachhaltigkeit beim privaten (Energie-)Konsum muss jetzt als inflationsdämpfende Politik eingeleitet werden.
5. Eine Landesenergieagentur muss umgehend eingerichtet werden, um Bürgerinnen und Bürger, aber auch Kommunen Teilnehmungsformate und Beratungsangebote zur Verfügung zu stellen.
6. Um diese Instrumente zur Inflationsbekämpfung umzusetzen, muss eine restriktive Fiskalpolitik des Bundes und des Saarlandes verhindert und eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen durch entsprechende Steuerreformen erreicht werden.

die sich aus den Preisaufschlägen für die Verbraucher speisen. Die oftmals in Kommentaren berühmte Lohn-Preis-Spirale würde eine binnenwirtschaftliche Überhitzung voraussetzen, von der weder in Deutschland noch im Euro-Raum die Rede sein kann. Da Energie für die Produktion fast aller Güter und Dienstleistungen ein wichtiger Kostenfaktor und nicht leicht zu ersetzen ist, steigen die Preise aktuell auf sehr breiter Front. Problematisch ist das, weil die Menschen Verluste ihres Lebensstandards hinnehmen müssen, denn die Löhne werden nicht an die Inflation angepasst.

Wegen der Preissteigerungen mussten Beschäftigte allein im ersten Quartal 2022 Reallohnverluste von minus 1,8 Prozent verkraften. Das bedeutet, dass die Kaufkraft sinkt, das Geld also an Wert verliert. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt dadurch, was zu einem Rückgang an Investitionen durch die Unternehmen und damit zu steigender Arbeitslosigkeit führen kann.

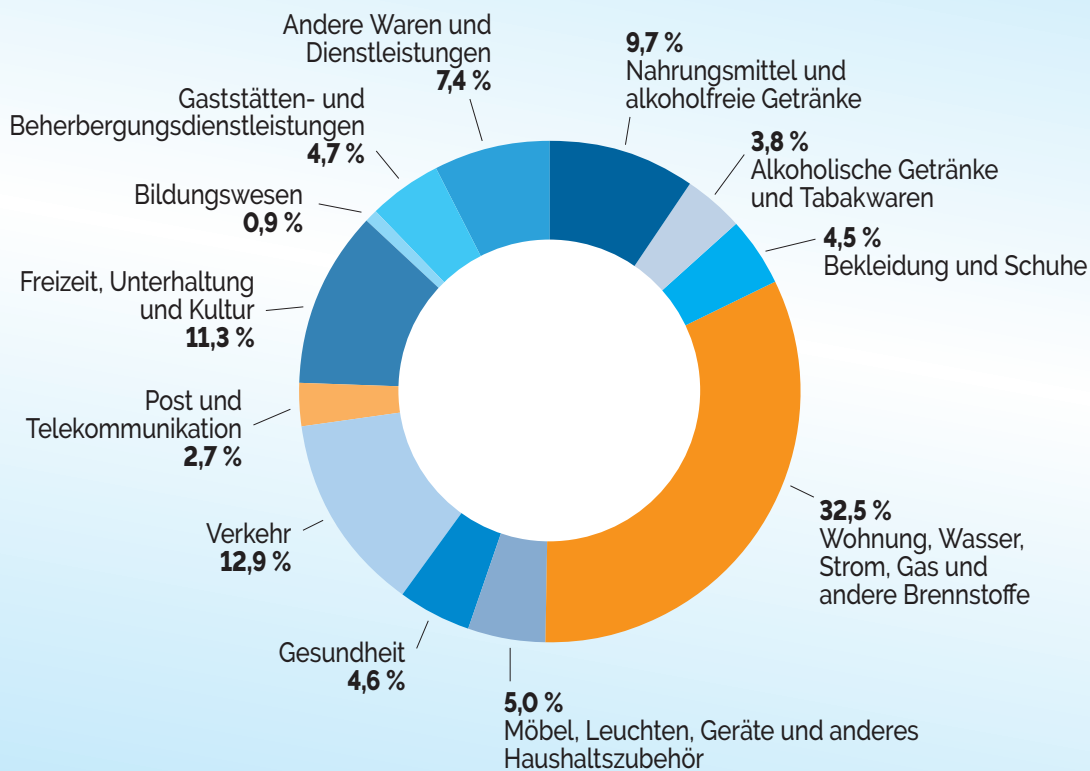
Soziale Folgen

Je nach Haushaltskonstellation und Einkommenssituation wirkt sich die Verbraucherpreisentwicklung sehr unterschiedlich aus. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat für neun Haushaltstypen und deren spezifische Warenkörbe individuelle Inflationsquoten berechnet: Die höchste Teuerungsrate von plus 8,9 Prozent verzeichneten im Mai 2022 Familien mit zwei Kindern und einem Einkommen zwischen 2.000 und 2.600 Euro, die niedrigste mit 6,5 Prozent Einpersonenhaushalte mit einem Nettoeinkommen ab 5.000 Euro.²

Haushalte mit niedrigem Einkommen und Kindern leiden stärker unter Preissteigerungen, weil sie keine oder nur geringere finanzielle Rücklagen aufbauen können.

Verbraucherpreisindex für Deutschland

Wägungsschema für das Basisjahr 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: Arbeitskammer

Haushalte mit niedrigem Einkommen und Kindern leiden also stärker unter Preissteigerungen, weil sie keine oder nur geringere finanzielle Rücklagen aufbauen können. Außerdem müssen sie einen erheblich größeren Anteil ihrer ohnehin knappen finanziellen Mittel für Dinge des täglichen Bedarfs ausgeben. Haushaltsenergie fällt in ihrem Warenkorb etwa gut doppelt so stark ins Gewicht wie bei höheren Einkommen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Einsparmöglichkeiten dieser Haushalte durch den schlechten energetischen Zustand ihrer meist älteren Mietwohnungen begrenzt sind, sodass sie doppelt unter den steigenden Energiepreisen leiden. Ausweichmöglichkeiten durch den Einbau einer neuen Heizung oder die Anschaffung ener-

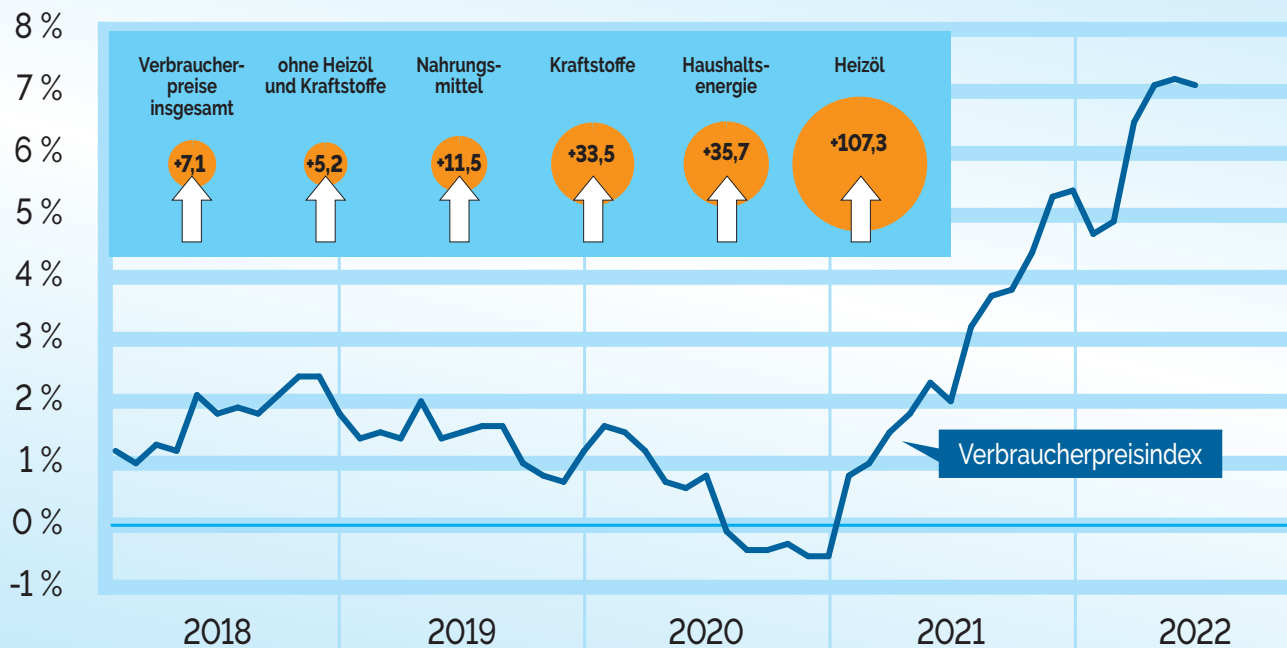
giesparenderer Geräte sind in der Regel (auch mit Zuschüssen) nicht leistbar. Auch steigende Preise für Nahrungsmittel spüren sie unmittelbar – ablesbar an der hohen Nachfrage bei den Tafeln, die inzwischen an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind.

Insgesamt reichen die Belastungen durch Lebensmittel-, Energie- und Kraftstoffpreise aber bis weit in die Mitte der Einkommensverteilung hinein. Bettina Kohlrausch und Andreas Hövermann vom Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) warnen vor diesem Hintergrund vor einer enormen sozialen Sprengkraft, weil sich die soziale Belastungsschere immer weiter öffnet. Bereits im Mai war die Sorge sowohl um die eigene finanzielle Situation als auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Erwerbsbevölkerung so hoch wie zu keinem Zeitpunkt während der Pandemie.³

Neben den realen Entwicklungen spielen die Inflationserwartungen eine zentrale Rolle, weil sie das Verhalten der Menschen in der Inflation bestimmen. Viele Erwerbspersonen befürchten, dass Preissteigerungen und die sich allgemein verschlech-

Energiekosten treiben die Inflation

(Angaben in %)



Quelle: Statistisches Amt Saarland, Stand Juni 2022

Grafik: Arbeitskammer

ternde wirtschaftliche Situation für sie langfristig mit negativen Folgen einhergeht: Sie machen sich Sorgen um ihre Altersvorsorge oder glauben, ihren Lebensstandard nicht mehr halten zu können. Die Sorge, mit dem eigenen Geld nicht mehr über die Runden zu kommen, ist aktuell sogar weiter verbreitet als die um den Verlust des Arbeitsplatzes. Expertinnen und Experten erwarten für 2024 eine Annäherung der Inflationsrate an die Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB) von zwei Prozent.⁴ Dennoch gilt es, kurzfristig mit den richtigen wirtschaftspolitischen Signalen die Sorgen und zum Teil existenziellen finanziellen Probleme der Bevölkerung abzumildern.

Maßnahmen gegen die Inflation

Da die Inflation von außen durch Lieferkettenengpässe und Energiepreise getrieben wird, sollten wirtschaftspolitische Maßnahmen kurzfristig am Erhalt der Konsumkraft besonders der einkommensschwachen Haushalte und mittelfristig an der Umstellung auf erneuerbare Energien ansetzen.

Kurzfristig hat die Bundesregierung mit ihren Hilfspaketen zwar für Entlastungen gesorgt. Auch nach diesen

Maßnahmen zur Unterstützung sind aber die ärmsten Haushalte noch immer die, welche die größten Belastungen tragen müssen.⁵ Einige Gruppen, wie Rentnerinnen und Rentner oder Studierende, profitieren kaum. Auch Arbeitslosen gebührt mehr politische Aufmerksamkeit.

Eine Studie der Arbeitskammer Bremen zeigt: Das Mittel der Direktzahlungen (wie zum Beispiel ein pauschales Klimageld für untere und mittlere Einkommensgruppen) an die Haushalte ist in jedem Falle dem Instrument der Steuererleichterungen vorzuziehen,⁶ da Steuererleichterungen wohlhabendere Bevölkerungsteile stärker entlasten als ärmere.⁷ Damit sind Steuererleichterungen nicht zielführend und fördern außerdem Steuerausfälle der öffentlichen Hand, die auf Mittel zur Finanzierung der Energiewende dringend angewiesen ist. Für die Ärmere müssen klimaschonende (und damit den hohen Energiepreisen ausweichende) Handlungsoptionen (zum Beispiel durch bessere und günstige Angebote im ÖPNV, Bereitstellung und energetische Sanierung von sozialem Wohnraum) geschaffen werden. Konsumlenkende Programme wie die Prämie für E-Autos sind aus Verteilungsgesichtspunkten

genau zu prüfen, da von ihnen häufig vor allem mittlere und hohe Einkommen profitieren.

Zur Vermeidung von lediglich profitsteigernden Mitnahmeeffekten von Energieriesen muss eine strenge kartellrechtliche Kontrolle insbesondere im Energiesektor umgesetzt werden. Funktioniert dies nicht, sind weitergehende Maßnahmen wie eine Übergewinnsteuer (beziehungsweise eine an überhöhten Umsätzen ansetzende Steuer) erforderlich. Wenn Unternehmen annehmen müssen, dass Übergewinne weggesteuert werden, sinkt der Anreiz, die Preise unnötig zu steigern. Wo das doch geschieht, kann eine Übergewinnsteuer Staatseinnahmen generieren, um die Bekämpfung der Inflation oder die Kompensation für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu finanzieren.

Ein wichtiges unterstützendes Signal kann dabei die Geldpolitik setzen, da höhere Zinsen eine positive Wirkung auf den Wechselkurs des Euro haben. Denn mit steigendem Wechselkurs des Euro werden die in US-Dollar gehandelten Energiegüter weniger teuer. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat hier einen inflationssenkenden Wert einer Leitzinserhöhung von 0,2 Prozent für die Gesamtinflation und von zwei bis

vier Prozent für Heiz- und Kraftstoffe errechnet.⁸ Mit der Anhebung der Leitzinsen sind jedoch die Gefahr des Ausbremsens der Konjunktur und mögliche Refinanzierungsschwierigkeiten der stark verschuldeten Euro-Staaten verbunden⁹, daher ist hier vorsichtig vorzugehen.

In der mittleren Frist wird es darum gehen, den Ausbau der erneuerbaren Energien mit höchster Priorität voranzutreiben. Dazu ist eine nicht-restriktive Fiskalpolitik erforderlich, die Investitionen in die Energiewende ermöglicht und so mittelfristig das Energieangebot entspannt und somit zum Rückgang der Inflation führt.¹⁰ Die derzeitige Verknappung der billigen russischen fossilen Energieträger durch die Sanktionspolitik kann in dieser Perspektive auch als Katalysator für den Übergang zu erneuerbaren

und klimafreundlichen Energieträgern gesehen werden. Die mit der CO₂-Steuer bereits geplante Stimulierung von Innovationen bei erneuerbaren Energien wird im Zuge der Energieauseinandersetzung mit Russland nun beschleunigt. Dies führt zu kurzfristigen Wohlstandsverlusten durch steigende Preise¹¹, wie sie auch im Zuge der CO₂-Steuer – wenn auch eher schrittweise und mittelfristig – erwartet wurden. Für die Privaten müssen die Energiepreise tragbar bleiben. Umfassende Investitionshilfen und eigene Investitionen des öffentlichen Sektors in Energieeffizienz und Nachhaltigkeit sind deshalb zentrale wirtschaftspolitische Mittel zur Bekämpfung der Inflation. Private Investitionen in Maßnahmen zur energetischen Sanierung und Verbesserung (Heizungen, Solarthermie,

Photovoltaik) sollten zur Realisierung der Energiewende weiterhin umfassend vom Staat gefördert werden.

Die genannten kurz- wie mittelfristig einzusetzenden Maßnahmen senken den Inflationsdruck auf fossile Energiegüter, weil sie dort nachfragesenkend wirken und gleichzeitig das Angebot an erneuerbaren Energien ausweiten. Damit bietet eine solche, an den Ursachen der Inflation ansetzende, Anti-Inflationspolitik des Staates die Chance, die Energiewende beschleunigt voranzutreiben.

Dr. Patricia Bauer ist Referentin für Wirtschafts- und Finanzpolitik. Karsten Ries leitet das Referat Wirtschaftsstruktur-, Arbeitsmarkt- und Verteilungspolitik. Carina Weibel leitet die Abteilung Wirtschafts- und Umweltpolitik.

ANMERKUNGEN |

¹ Dullien, Sebastian: Podcast - Woher kommt die Inflation?, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, 28.01.2022, <https://www.imk-boeckler.de/de/podcasts-34757-woher-kommt-die-inflation-38633.htm>, Stand: 27.07.2022; Dullien, Sebastian; Herzog-Stein, Alexander; Hohlfeld, Peter u. a.: Preisschocks, Lieferengpässe und hohe Unsicherheit: Prognose-Update: Die konjunkturelle Lage in Deutschland zur Jahresmitte 2022, IMK Report 176, 2022. Online: https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008339/p_imk_report_175_2022.pdf, Stand: 27.07.2022; Dullien, Sebastian und Tober, Silke: IMK Inflationsmonitor: Belastungsschere geht im Mai 2022 weiter auf, IMK Policy Brief 124, 2022. Online: https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008343/p_imk_pb_124_2022.pdf, Stand: 27.07.2022; Wollmershäuser, Timo; Ederer, Stefan; Lay, Max u. a.: ifo Konjunkturprognose Sommer 2022: Inflation, Lieferengpässe und Krieg bremsen wirtschaftliche Erholung in Deutschland, in (06.2022). Online: <https://www.ifo.de/publikationen/2022/aufsatzzeitschrift/ifo-konjunkturprognose-sommer-2022-inflation-lieferengpaesse>; Bernoth, Kerstin, u. a.: Importierte Inflation und Zinswende: Herausforderungen für die EZB, in: Wirtschaftsdienst 102 (6)

(06.2022), S. 422–422. Online: <https://doi.org/10.1007/s10273-022-3206-4>.

² Dullien, Sebastian/Tober, Silke (2022): Belastungsschere geht im Mai 2022 weiter auf. IMK Inflationsmonitor, Düsseldorf, https://www.imk-boeckler.de/fpdf/HBS-008343/p_imk_pb_124_2022.pdf.

³ Hövermann, Andreas und Kohlrausch, Bettina (2022): Wirtschaftliche Belastungen und Sorgen durch Ukraine-Krieg und Inflation weiter verbreitet als auf Höhepunkt der Corona-Krise, Düsseldorf, https://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2022_05_27.pdf.

⁴ Siehe Illing in: Bernoth, u. a.: Importierte Inflation und Zinswende (wie Anm. 1).

⁵ Bach, Stefan/Knautz, Jakob (April 2022), Hohe Energiepreise: Ärmere Haushalte werden trotz Entlastungspaketen stärker belastet als reichere Haushalte. In: DIW Wochenbericht

⁶ Siehe: Arbeitnehmerkammer Bremen: Gegen steigende Preise: entlasten, qualifizieren, investieren, Stellungnahme, Bremen 2022. Online: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Presse/Stellungnahme_Inflation_Entlastung_final.pdf, Stand: 28.07.2022.

⁷ Einen aussagekräftigen Vergleich beider Instrumente bietet: Arbeitnehmerkammer Bremen: Inflation und mögliche

Entlastungswege: Verteilungswirkungen eines Abbaus der „kalten Progression“, Discussion Paper, Bremen 2022. Online: https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Presse/Discussion_Paper_Inflation_und_moegliche_Entlastungswege_final.pdf, Stand: 28.07.2022.

⁸ Ider, Gökhan; Kriwoluzky, Alexander und Kurcz, Frederik: EZB kann Kraftstoff- und Heizkosten mit Zinserhöhung senken, riskiert aber wirtschaftliche Erholung, in: DIW Wochenbericht (2022). Online: <https://doi.org/10/gqj6rh>, Stand: 27.07.2022.

⁹ Berlemann, Michael; Eurich, Marina und Hausteil, Erik: Inflation in Deutschland gewinnt an Fahrt, in: Wirtschaftsdienst 102 (4) (04.2022), S. 319–320. Online: <https://doi.org/10.1007/s10273-022-3165-9>.

¹⁰ Südekum, Jens: Was tun gegen die Inflation?, in: Wirtschaftsdienst 102 (6) (06.2022), S. 414–415. Online: <https://doi.org/10.1007/s10273-022-3199-z>.

¹¹ Dullien u. a., Preisschocks, Lieferengpässe und hohe Unsicherheit. (wie Anm. 1).

IMPRESSUM |

Verleger: Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6-8, 66111 Saarbrücken; Kontakt: Telefon 0681 4005-430, E-Mail: redaktion@arbeitskammer.de; Herausgeber: Jörg Caspar, Thomas Otto (V.i.S.d.P.); Redaktion: Peter Jacob (Chefredakteur), Simone Hien, Alexander Stallmann.